



HESSISCHER LANDTAG

08. 08. 2024

Plenum

Antrag

Fraktion der AfD

Nationalitäten von Tatverdächtigen immer benennen – Die Bevölkerung in Hessen hat endlich volle Transparenz über Kriminalität verdient!

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass die Kriminalität ein vielschichtiges Phänomen ist. Unbestritten werden Straftaten quer durch alle Bevölkerungsgruppen und -schichten in Deutschland und Hessen begangen. Ungeachtet dessen stellt die deutlich überproportionale Beteiligung von Ausländern und Personen mit Migrationshintergrund in Kriminalitätsfeldern, die das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung in Hessen im besonderen der zufolge Maße beeinträchtigen, ein virulentes und nicht zu verleugnendes drängendes Problem dar. Die Anzahl der Tatverdächtigen ist im Vergleich zum Vorjahr um über 12.600 Personen gestiegen, was einer Zunahme um ca. 7,8 Prozent entspricht. Die Zahl der ermittelten nichtdeutschen Tatverdächtigen stieg dabei um 16,2 Prozent bzw. über 12.300 Personen. Ihr Anteil an der gesamten Zahl aller Tatverdächtigen liegt aktuell bei ca. 51 Prozent, dies entspricht einer Steigerung um 3,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.
2. Der Landtag stellt mit Sorge fest, dass die Kriminalität insbesondere von Ausländern und Personen mit Migrationshintergrund in den letzten Jahren zugenommen und ein Ausmaß erreicht hat, das die innere Sicherheit immer weiter erodieren lässt und so das friedliche Zusammenleben in Hessen zunehmend bedroht.
3. Der Landtag betont, dass die Bevölkerung in Hessen bei der öffentlichen Berichterstattung von Kriminalitätsvorkommnissen durch hessische Polizeibehörden volle Transparenz in Bezug auf Tatverdächtige von Straftaten erwarten darf, insbesondere bei Pressemeldungen und der Berichterstattung auf den eigenen Seiten in den Sozialen Medien.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung insofern auf, unverzüglich die für die Berichterstattung nach Kriminalitätsvorkommnissen einschlägigen hessischen Erlasse und Richtlinien, insbesondere den Erlass „Schutz vor der Verwendung diskriminierender Minderheitenkennzeichnungen durch Beschäftigte von Polizeibehörden“ und die „Richtlinien über Mitteilungen der Polizei an die Presse und den Rundfunk“, dergestalt zu überarbeiten, dass bei öffentlicher Berichterstattung obligatorisch die Nennung der Nationalität sämtlicher Tatverdächtiger zu erfolgen hat, wie es Initiativen anderer Bundesländer, beispielsweise Nordrhein-Westfalen, derzeit vorsehen. Sollten Tatverdächtige über mehrere Staatsbürgerschaften („Doppel- oder Mehrfachstaatler“) verfügen, so sollen sämtliche Staatsangehörigkeiten genannt werden, keinesfalls nur die deutsche Staatsangehörigkeit.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, analog zu der unter 4. formulierten Forderung dafür Sorge zu tragen, dass bei der durch die Polizei erfolgenden öffentlichen Berichterstattung nach Vorkommnissen, die das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu beeinträchtigen geeignet sind, stets auch der Vorname sowie der erste Buchstabe des Familiennamens in Bezug auf alle Tatverdächtigen genannt wird, wenn dadurch der Ermittlungserfolg nicht gefährdet wird und an der Täterschaft der benannten Personen kein vernünftiger Zweifel besteht (dringender Tatverdacht).
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, durch Anpassung sämtlicher hierfür einschlägiger Erlasse und Richtlinien dafür Sorge zu tragen, dass bei Zeugen- oder Fahndungsaufrufen standardisiert sämtliche den Tatverdächtigen zuzuschreibenden Individualmerkmale veröffentlicht werden, wozu auch und insbesondere ein eventuell ausländisches Erscheinungsbild, eine ausländische Sprache, ein wahrnehmbarer Akzent oder die Hautfarbe zählen.

7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, der hessischen Bevölkerung in ihrer Eigenschaft als Souverän sämtliche Folgen der ungezügelter und unkontrollierter Massenmigration zu benennen und hierbei auch nicht zu verschweigen, dass die Massenmigration gerade kulturfremder Personenkreise auch Auswirkungen in Bezug auf die Erosion innerer Sicherheit entfalten kann.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei der öffentlichen Berichterstattung bezüglich der Nationalität ausländischer Tatverdächtiger nicht nur auf die Nennung der Staatsangehörigkeiten zu beschränken, sondern auch den Aufenthaltsstatus der Tatverdächtigen zu nennen, insbesondere wenn es sich um Asylbewerber handelt.
9. Der Landtag ist der Auffassung, dass ein Kausalzusammenhang hinsichtlich der vorbezeichneten Forderungen zwischen einer vollumfänglichen und wahrheitsgemäßen Berichterstattung und einer befürchteten Diskriminierung von Minderheiten nicht vorliegt.
10. Der Landtag stellt fest, dass bei einer intransparenten Berichterstattung, insbesondere wenn weder die Nationalität noch der Vorname und erste Buchstabe des Zunamens genannt werden, eine Fehl- und Desinformation der hessischen Bevölkerung erfolgt, was wiederum einen großen Spielraum für Spekulationen eröffnet.
11. Der Landtag betont, dass der Aufklärung einer Straftat respektive der Ermittlung von Tatverdächtigen ausnahmslos eine höhere Bedeutung zukommt als einem postulierten „Schutz von Minderheiten“ vor möglicher Diskriminierung.
12. Der Landtag betont, dass für eine wirksame Kriminalitätsbekämpfung die Kenntnis möglichst sämtlicher kriminologisch bedeutsamer Informationen, wozu auch Herkunft oder Migrationsgeschichte zählen, notwendig sind.
13. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich durch eine Bundesratsinitiative sowie auf der Innenministerkonferenz dafür einzusetzen, dass die bereits im Jahr 2007 auf der damaligen Innenministerkonferenz beschlossene Vereinbarung, der zufolge bei Straftaten neben der Staatsangehörigkeit auch die Herkunft von Tatverdächtigen in die Polizeiliche Kriminalstatistik aufzunehmen ist, unverzüglich umgesetzt wird.
14. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, diese vorbezeichnete Vereinbarung ohne weitere Verzögerung in Hessen umzusetzen und die Herkunft von Tatverdächtigen bei der öffentlichen Berichterstattung zukünftig mitzuteilen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 8. August 2024

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe